

Gutachten:

Die Wirtschaft braucht kinderfreundliche Politik

Vor wenigen Wochen wagte sich Arbeitgeber-Präsident Dieter Hundt auf gefährliches Terrain: Er schlug vor, den Erziehungsurlaub auf ein Jahr zu verkürzen, damit Mütter früher an den Arbeitsplatz zurückkehren. Der Familienbund schimpfte prompt, nun wolle die Wirtschaft die Familienpolitik diktieren. Diktieren will sie den Kurs nicht, aber mitreden. Aus gutem Grund, wie ein Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Wirtschaftsministerium belegt: Deutschlands Bevölkerung veraltet - bis zum Jahr 2034 wird die Zahl der Menschen, die dem Arbeitsmarkt rein vom Alter her zur Verfügung steht, um fast acht Millionen zurückgehen. (...)

Axel Börsch-Supan, unter dessen Regie das Gutachten verfasst wurde, warnt: "Das gesamtwirtschaftliche Gefüge ist betroffen." (...) Schon vom Jahr 2010 an könnte der Rückgang der arbeitsfähigen Bevölkerung das Wirtschaftswachstum um bis zu einem Drittel schmälern. Wer sich dann in der Berufswelt umschaute, trifft immer häufiger ältere Beschäftigte an. Die meisten werden 46 Jahre alt sein - im Jahr 2000 lag diese Altersspitze bei 36 Jahren. 2020 wird der größte Teil der Angestellten und Arbeiter den 50. Geburtstag gefeiert haben. Nachlassende Innovationskraft und Risikobereitschaft sind die Folge. Kummer bereiten der Politik vor allem die Folgen für die Sozialsysteme. Immer weniger Beitragszahler werden die Kosten für Rente und Gesundheit schultern müssen.

Vor diesem Hintergrund trägt der Wissenschaftliche Beirat wenig populäre Lösungsvorschläge vor: Rente soll es erst mit 67 Jahren geben, der Vorruhestand für Arbeitgeber und Arbeitnehmer teurer werden, gar von einem extra Arbeitsmarkt für Senioren ist die Rede. Paare dagegen, die mit dem Gedanken spielen, eine Familie zu gründen, dürften den Positionen des Beirats zustimmen. Die Ansicht, wonach sich heute Familie und Beruf oft ausschließen, teilen auch die Forscher und empfehlen eine Reform der Kinderbetreuung. Statt Plätze in den Tagesstätten zu subventionieren, sollen Eltern das Geld in Form eines Kindergartengutscheins bekommen - die starke Nachfrage, so die Forscher, würde schnell die dringend benötigten Ganztagsplätze erzwingen. Unternehmen müssten ihrerseits Müttern mit

flexibleren Arbeitszeitmodellen und Betreuungsangeboten entgegenkommen.

Auch finanziell will das Beratergremium den Kinderwunsch fördern und macht zwei Vorschläge: Entweder bekommen Mütter für jedes Kind später eine zusätzliche Elternrente - einen einheitlichen Betrag pro Kind. Der steht dann auch Frauen zu, die nie berufstätig waren. Der andere Vorschlag sieht ein zusätzliches Kindergeld vor, das sämtliche kindbezogenen Leistungen ersetzen soll, die derzeit im Rahmen der Steuer- und Sozialsysteme gewährt werden. Wie auch immer - die Vorschläge werden im vorgezogenen Wahlkampf Gehör finden. Kanzler Gerhard Schröder hat angekündigt, dass die Familienpolitik eine zentrale Rolle spielen soll. Und die Wirtschaft wird sich einmischen.

Der vollständige Artikel wurde am 27.05.2005 in der Süddeutschen Zeitung veröffentlicht.